



Ausschuss für Kultur und Medien

2. Sitzung (öffentlich)

27. Oktober 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:31 Uhr bis 14:25 Uhr

14:41 Uhr bis 15:36 Uhr

Vorsitz: Christina Osei (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Kulturpolitische Schwerpunkte der Landesregierung in der 18. Wahlperiode	6
	– Bericht durch Ministerin Ina Brandes (MKW)	
	– Wortbeiträge	
2	Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden	10
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/971	
	– Wortbeiträge	
	Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.	

- 3 Wie genau plant Ministerin Brandes Kultureinrichtungen offen zu halten, wenn sie ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])** 12

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/308

– Wortbeiträge

- 4 Ausgestaltung des 3. Entlastungspaketes der Bundesregierung für Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen (beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])** 16

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/309

– Wortbeiträge

- 5 Soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])** 18

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/310

– Wortbeiträge

- 6 Verschiedenes** 20

a) Sitzungstermine 20

b) Beschlussfassung über eine Dienstreise nach Berlin 20

Der Ausschuss ist einstimmig damit einverstanden, dass die Vorsitzende den Präsidenten um Genehmigung einer Dienstreise des Ausschusses vom 18. bis 20. Februar 2023 anlässlich der Berlinale nach Berlin ersucht.

- 7 Medienpolitische Schwerpunkte der Landesregierung in der 18. Wahlperiode** 21

– Bericht durch Minister Nathanael Liminski (MBEIM)

– Wortbeiträge

8 Wie gewährleistet und stärkt die Landesregierung die Vielfalt des Lokaljournalismus? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **29**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/295

– Wortbeiträge

9 Was unternimmt die Landesregierung, damit die Berichterstattung in NRW die Diversität des Landes in Zukunft repräsentativ widerspiegelt? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **32**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/296

– Wortbeiträge

10 Was tut die Landesregierung, um Mädchen und Frauen wirksamer gegen digitale Gewalt zu schützen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/297

– Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, Herr Minister Liminski befinde sich noch in einer Konferenz und komme etwas später. Aus diesem Grunde würden zunächst die kulturpolitischen Themen behandelt. – Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

Andreas Bialas (SPD) weist darauf hin, dass Herr Grabowski, der kulturpolitische Reporter, normalerweise immer an den Sitzungen teilnehme. Dieser sei heute nicht anwesend, da er sich in Wuppertal aufhalte. Stattdessen wolle er sich online dazuschalten. Von ihm solle er den Ausschuss sehr herzlich grüßen. Zukünftig werde er wieder an den Sitzungen teilnehmen.

1 Kulturpolitische Schwerpunkte der Landesregierung in der 18. Wahlperiode

Vorsitzende Christina Osei leitet ein, Frau Ministerin Brandes gebe nun für die Landesregierung die Einführung in die kulturpolitischen Schwerpunkte der Landesregierung Ende der 18. Wahlperiode.

Ministerin Ina Brandes (MKW) führt aus:

Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn unserer gemeinsamen Ausschussarbeit, auf die ich mich sehr freue, stelle ich Ihnen gerne meine Prioritäten für die nächsten fünf Jahre vor.

Es gibt zahlreiche wichtige Aufgabestellungen in der Kultur, die wir trotz angespannter Haushaltslage konzentriert angehen wollen. Denn eines steht fest: Angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, der Energiekrise und der immer noch nicht ganz ausgestandenen COVID-19-Pandemie werden die finanziellen Spielräume leider auch in der Kulturpolitik begrenzt sein.

Ich möchte kurz etwas zur aktuellen Lage sagen, beginnend mit dem Thema „Energiekrise“, weil es uns natürlich auch in der Kultur sehr beschäftigt und sicherlich vieles von dem bestimmen wird, was wir demnächst machen werden.

Ich habe die Leitlinien hinsichtlich der Energiekrise in Bezug auf die Kulturpolitik schon in der letzten Plenarsitzung dargelegt. Ich möchte Sie aber kurz zusammenfassen:

Aus meiner Sicht sollten drei Maßgaben auf allen Ebenen handlungsleitend sein.

Zum Ersten wollen wir sicherstellen, dass unsere Kulturgüter durch die Energiekrise keinen Schaden nehmen. Dafür wollen wir Archive und Sammlungen als kritische Infrastruktur einstufen.

Zum Zweiten wollen wir die Schließung von Kultureinrichtungen soweit wie möglich vermeiden. Gerade jetzt brauchen wir Museen, Theater, Konzerthäuser und andere kulturelle Einrichtungen als Orte der Begegnung, der Debatte und auch der Unterhaltung. Abgesehen davon wollen wir Künstlerinnen und Künstlern von der Auswirkung solcher Schließungen schützen.

Zum Dritten ist aber auch klar: Die Reduzierung des volkswirtschaftlichen Energieverbrauchs ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Auch Kultureinrichtungen und Kulturakteure werden ihren Beitrag zur Bewältigung dieser Aufgabe leisten und signifikante Einsparungen von Gas und Strom umsetzen müssen. Dazu sind sie aber auch bereit. Das kann ich aus den Gesprächen sagen, die in diesem Zusammenhang geführt wurden und werden.

Auf Bundesebene wird aktuell über ein drittes Entlastungspaket beraten. Das wissen Sie alle. Zudem sollte nach den bisherigen Beratungen des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gehören, dass die Restmittel aus dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen, der in der Pandemie aufgelegt wurde, nun zur Unterstützung auch für Energiekosten im Kulturbereich

genutzt werden können. Die BKM und die Landesministerinnen und -minister für Kultur setzen sich dafür sehr ein, weil wir glauben, dass die Kultureinrichtungen diese Unterstützung brauchen. Soweit es dazu weitere Erkenntnisse gibt, werde ich Sie natürlich gerne informieren.

Das zum Thema „Energie“.

Zum Thema „Coronapandemie“: Uns steht nicht nur ein etwas kühlerer Winter bevor, sondern auch ein Winter, der aller Voraussicht nach eine neue Welle an Coronainfektionen mit sich bringen wird. Unser Ziel ist es, auch pandemiebedingte Schließungen abzuwenden. Ich denke, dass die Voraussetzungen dafür gut sind, anders als in den vergangenen Jahren, denn Theater, Museen und Konzerthäuser haben große Erfahrungen damit, mit diesen Rahmenbedingungen umzugehen und beispielsweise mit speziellen Lüftungs- und Zugangskonzepten dafür zu sorgen, dass sich das Publikum sicher fühlt.

Nun zu den Schwerpunkten unserer Kulturpolitik für diese Legislaturperiode.

Der erste Punkt ist natürlich der Aufwuchs der Haushaltsmittel. Natürlich haben wir vor dem Hintergrund des Entlastungspaketes des Bundes und der finanziellen Konsequenzen daraus, die auf Nordrhein-Westfalen zukommen, einen Vorbehalt. Gleichwohl gehört der auch im Koalitionsvertrag festgeschriebene Aufwuchs der Kulturmittel um 50 % fest auf die Agenda bis zum Ende dieser Legislaturperiode. Angesichts der haushalterischen Unsicherheiten ist mit einem linearen Aufwuchs ab 2023 eher nicht zu rechnen, aber die Etaterhöhung über die gesamte Legislaturperiode soll kommen. Unsere kulturpolitischen Möglichkeiten und Spielräume hängen natürlich maßgeblich davon ab, wie das konkret ausgestaltet werden kann.

Die erste Priorität ist aus meiner Sicht die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler. Das ist ein Schwerpunkt, den wir in jedem Fall umsetzen wollen. Die COVID-19-Pandemie hat die künstlerische Arbeit auf eine harte Probe gestellt – das wissen Sie alle – und deutlich gezeigt, dass die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstler zwingend auf eine neue und sichere Grundlage gestellt werden muss. Das werden wir tun, indem wir zum einen dem Auftrag unseres Kulturgesetzbuches entsprechend Gagenuntergrenzen für geförderte Projekte entwickeln und damit hoffentlich bundesweit Maßstäbe setzen. Zum anderen soll eine soziale Absicherung für Kulturschaffende auf den Weg gebracht werden, die diesen Namen auch verdient, für das Alter, aber eben auch für Lebensphasen, in denen künstlerisches Arbeiten nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist. Zusammen mit Bremen hat sich Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene für ein einheitliches Vorgehen eingesetzt. Ich bin sehr froh, dass die Kulturministerkonferenz in ihrer Sitzung am 5. Oktober eine Matrix beschlossen hat, die den Ländern einen guten Orientierungsrahmen bietet, um Mindesthonorare festzulegen.

Die Stipendienprogramme, die sich während der Pandemie als inhaltlich offene Form der Künstlerförderung bewährt haben, sollen evaluiert und weiterentwickelt werden. Sie sind inzwischen mehr als 40.000 Mal in Anspruch genommen worden. Sollte es notwendig sein, werden wir dieses bewährte Instrument fortführen.

Gleichwohl sollte unser Anspruch sein, dass Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit leben können.

Ein zweiter Schwerpunkt der Arbeit wird sein, dass wir uns insbesondere den Kindern und Jugendlichen in unserem Land zuwenden. In den letzten zweieinhalb Jahren Pandemie gab es für sie zu wenige Möglichkeiten, Kultur kennenzulernen und daran teilzuhaben. Wir werden viel unternehmen und neue Formate ausprobieren müssen, um das Versäumte wenigstens in Teilen nachzuholen. Dazu gehört, dass wir die kulturelle Bildung an allen Schulformen stärken und Angebote in Kooperation mit Kulturinstitutionen und der freien Szene sowie den Kommunen ausbauen.

Um die junge Generation am vielfältigen kulturellen Leben in Nordrhein-Westfalen teilhaben zu lassen, werden wir einen Kulturpass für Kinder und Jugendliche erproben, gleichzeitig auf bewährte Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturucksack NRW“ und „JeKits“, also „Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“, zurückgreifen, sie weiterführen und sie zeitgemäß weiterentwickeln.

Alle Förderangebote – das gilt übrigens für den gesamten Kulturbereich – sollen bürokratiearm, barrierefrei und inklusiv gestaltet werden.

Ein erster Zugang zu Kultur erfolgt häufig über Musikschulen. Die Musikschuloffensive, die die berufliche Situation von Musikschullehrerinnen und -lehrern strukturell verbessern soll, möchten wir in den kommenden Jahren evaluieren und mit dem Ziel weiterentwickeln, den Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse weiter zu erhöhen.

Ein dritter Schwerpunkt – der liegt mir besonders am Herzen – ist die strukturelle inhaltliche Unterstützung unserer Kulturschaffenden. Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch eine extreme Dichte und Vielfalt an Kultureinrichtungen aus, worüber wir sehr froh sind. Es ist aber so, dass sich alle Einrichtungen mit bestimmten Gegenwartsthemen auseinandersetzen – müssen – und einen Umgang mit ihnen finden müssen. Dazu zählen Themen wie Nachhaltigkeit, Klimaneutralität, Diversität und Digitalisierung.

Um zu verhindern, dass in allen kulturellen Einrichtungen diese Themen parallel diskutiert und das Rad immer wieder neu erfunden wird, wollen wir eine Schaltstelle oder ein Netzwerk schaffen, in dem wir strukturelle Unterstützungen leisten und die Kulturschaffenden zu all diesen Themen beraten. Das ist aus meiner Sicht auch deswegen wichtig, weil gerade kleine Einrichtungen mit weniger Ressourcen angesichts der Komplexität dieser Themen häufig resignieren und sich die Kulturschaffenden, die es ja meistens sind, auf die Art und Weise mit Themen auseinandersetzen müssen, für die sie nicht ausgebildet sind und die auch eigentlich nicht das Ziel ihrer beruflichen Tätigkeit und Entscheidungen gewesen sind. Wir wollen auf diese Art und Weise garantieren und ermöglichen, dass diese Entwicklungen – das sage ich insbesondere in Bezug auf die Themen „Nachhaltigkeit“ und „Klimaneutralität“ – flächendeckend und in angemessener Form vorangetrieben werden. Wir werden dafür 2023 ein Konzept erarbeiten, das ich Ihnen gerne, sowie es beratungsfähig ist, vorstellen werde.

Die Kulturszene in Nordrhein-Westfalen ist in besonderer Weise auch durch eine sehr breite und sehr gut aufgestellte freie Szene geprägt. Wir möchten diese Szene fördern und stützen, indem wir den vielen haupt- und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren den Zugang zur Landesförderung erleichtern. Das gilt unter anderem auch für das Thema der Bürokratiearmut, das ich eben schon kurz erwähnte. Deswegen ist es eben unser Ziel, Förderverfahren einfacher, unbürokratischer und transparenter zu gestalten und dies in einem Dialog mit der freien Szene auszuarbeiten.

Außerdem ist es Aufgabe des Landes, Kulturräume in ganz Nordrhein-Westfalen zu schützen und zu schaffen. Wir wollen die Nutzung und Zwischennutzung von Landesbauten erleichtern, um Raum für Ateliers, Werkstätten und Produktionsräume auch für digitale Kunst zu schaffen. Auch dritte Orte sind Plätze des Zusammentreffens und bieten Menschen die Möglichkeit der Begegnung mit Kultur und Kultur in ländlichen Räumen. Das Förderprogramm „Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung“ wollen wir daher ausweiten und fortschreiben.

Das ist ein erster Überblick über die Schwerpunkte und die Herausforderungen in der Kulturpolitik in den nächsten Monaten und Jahren. Ich glaube, wir haben uns viel vorgenommen. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit und auf den Austausch in diesem Ausschuss. Ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren viel für den Kulturstandort Nordrhein-Westfalen bewegen können.

Vorsitzende Christina Osei bedankt sich bei der Ministerin. Es sei ja im Vorfeld verabredet worden, die Aussprache in der nächsten Sitzung durchzuführen. Von daher frage sie jetzt nur nach Verständnisfragen.

Andreas Bialas (SPD) möchte wissen, ob die Ministerin etwas Schriftliches zur Verfügung stellen könne oder ob bis dahin das Protokoll vorliege, sodass man die Rede nachlesen könne, um sich zielgerichtet auf die nächste Sitzung vorzubereiten.

Vorsitzende Christina Osei antwortet, es gebe das Protokoll, und der Bericht werde zeitnah zur Verfügung gestellt.

2 Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/971

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/971 an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – und an den Haushalts- und Finanzausschuss am 28. September 2022)

Andreas Bialas (SPD) beantragt für seine Fraktion eine Anhörung. Diese solle möglichst zeitnah stattfinden.

Vorsitzende Christina Osei schlägt als Termin den planmäßigen Sitzungstermin 1. Dezember 2022 um 14:30 Uhr vor. Damit stünde dem Ausschuss vorher eine Stunde für eine Arbeitssitzung zur Verfügung.

Andreas Bialas (SPD) erinnert daran, dass man sich in einer Krisensituation befinde. Von daher werde man im Kulturbereich als auch im Medienbereich einige Punkte zu beraten haben. Hierfür sollte man sich keine engen zeitlichen Grenzen setzen.

Vorsitzende Christina Osei schlägt vor, beim 1. Dezember 2022 für die Anhörung zu bleiben. Alles Weitere sollte in einer Obleuterunde besprochen werden. – Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

Bezüglich der Sachverständigen frage sie, **Vorsitzende Christina Osei**, ob die Fraktionen damit einverstanden seien, die von Herrn Bialas im Vorfeld genannten Interessenvertretungen als gesetzt anzusehen. Diese müsse Herr Bialas jetzt noch nennen.

Andreas Bialas (SPD) sagt, es stelle sich die Frage, ob das in einer Ausschusssitzung oder in einer Obleuterunde gemacht werde. Es mache bei gewissen Themen Sinn, Leute vor die Klammer zu setzen. Dies seien für ihn immer der Kulturrat, die Kulturpolitische Gesellschaft, die Vertreter der Gemeinden und Städte, der Städtetag, LWL, LVR. Er hoffe, dass er niemanden vergessen habe. Danach, ob man es mache oder nicht, bemesse sich, wer noch eingeladen werde. Dies alles müsse so zeitnah geschehen, dass die Sachverständigen noch um eine schriftliche Stellungnahme gebeten werden könnten.

Dr. Werner Pfeil (FDP) schlägt vor, die Modalitäten in einer Obleuterunde zu klären. So werde auch in anderen Ausschüsse verfahren. Bei dem Thema biete sich an, mit einem Fragenkatalog zu arbeiten. Dies mache man auch schon mal im Rechtsausschuss, dass Fragen von den Obleuten gesammelt würden, um diese dann an die Sachverständigen zu versenden.

Vorsitzende Christina Osei hält fest, der Termin für die Anhörung sei der 1. Dezember. Die Sachverständigen und die Uhrzeiten würden in einer Obleuterunde geklärt. Wenn mit einem Fragenkatalog gearbeitet werden solle, dann müsse bis Anfang November alles stehen, um das dann in Ruhe besprechen zu können. – Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

3 Wie genau plant Ministerin Brandes Kultureinrichtungen offen zu halten, wenn sie ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/308

Andreas Bialas (SPD) nimmt Bezug auf die Ausführungen der Ministerin unter TOP 5, dass Schließungen vermieden werden sollten, dass aber auch die Szene einen Beitrag zu leisten habe.

Zunächst stelle sich die Frage, ob Geld zur Verfügung gestellt werden müsse und nach einem ordnungspolitischen Rahmen. Ihn interessiere, was das Land mache und mit welcher Positionierung das Land Nordrhein-Westfalen in die Gespräche mit dem Bund gehe.

Die Ministerin habe mitgeteilt, dass eine Arbeitsgemeinschaft eingerichtet worden sei. Er wolle wissen, wer dort vertreten sei.

Dr. Werner Pfeil (FDP) möchte wissen, ob es bezüglich der Arbeitsgemeinschaft einen festen Zeitrahmen gebe, innerhalb dessen Ergebnisse vorgelegt werden müssten.

Ministerin Ina Brandes (MKW) erläutert, bei der eingerichteten Arbeitsgruppe handele es sich im Grunde genommen um die Fortsetzung der Arbeit, die in der Kulturszene Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit der Coronapandemie geleistet worden sei. Das einzig halbwegs Positive, das man über die aktuelle Situation sagen könne, sei, dass man krisenerprobt sei. Viele Formate der Zusammenarbeit, des Wissensaustauschs, der gemeinsamen Erarbeitung von Lösungen seien während der Coronapandemie erprobt worden, in der alle Beteiligten der Auffassung seien, dass die Bewältigung in Nordrhein-Westfalen in Bezug auf die Kulturschaffenden ausnehmend gut funktioniert habe. Dies könne sie ohne Eigenlob sagen, weil sie zu dem Zeitpunkt noch nicht dafür zuständig gewesen sei.

Die Strukturen, die sich dort gebildet hätten, in denen dafür gesorgt werde, dass alle Perspektiven eingebracht würden, seien jetzt sozusagen auf das Energiethema übertragen worden. Es könne davon ausgegangen werden, dass alle Betroffenen eingebunden seien. Es handele sich um eine sehr breit aufgestellte Arbeitsgruppe, die sehr früh mit ihrer Tätigkeit begonnen habe.

Der Gedanke, den Coronafonds in einen Energiefonds umzuwidmen, sei schon einige Monate alt. Dieser sei erarbeitet worden in einer Arbeitsgruppe zwischen Bund und Ländern. In dieser Arbeitsgruppe spiele Nordrhein-Westfalen naturgemäß eine große Rolle aufgrund der Größe und der kulturpolitischen Kompetenz. Dort werde besprochen, wie ein solcher Fonds aussehen könne. Natürlich sei die Konsequenz eines solchen Fonds, dass er in Bezug auf die landeseigenen Kultureinrichtungen am Ende vom Bund und vom Land hälftig bezahlt werde. Insofern sei es eine gemeinsame

Initiative, die gemeinsam inhaltlich ausgearbeitet und am Ende vom Land finanziell getragen werde.

An dem Gedanken und der Art und Weise, wie es umgesetzt werde, finde sie vorbildlich, dass hier klug aufeinander abgestimmt werde, was Bund und Länder täten. Die BKM und die Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder brächten die jeweiligen Perspektiven ein. Auch die freie Szene und die kommunalen Spitzenverbände seien in die Debatte einbezogen. Von daher würden alle Perspektiven, unter denen man kulturpolitische Unterstützung im Bereich der Energiekosten betrachten könne, hier eingebracht. Dies sei im Grunde genommen der Idealfall, den man sich für alle Politikbereiche wünsche, dass es eine solche Art von übergreifender Abstimmung gebe, und das sei hier tatsächlich der Fall. Deswegen mache man sich auch so stark dafür, dass dieser Fonds tatsächlich umgesetzt werde.

Es sei also in keiner Weise so, dass darauf gewartet werde, bis der Bund etwas tue. Es gebe wöchentliche Abstimmungen zu diesem Thema, an denen natürlich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus ihrem Ministerium teilnähmen, sodass sichergestellt sei, dass die Perspektiven, die sie eben beschrieben habe, eingebracht würden.

Im Kreis der BKM und den Kulturministerinnen und Kulturministern der Länder sei man sich frühzeitig einig gewesen – das müsse Anfang Juli gewesen sein –, dass die Energieeinsparziele, die die Bundesregierung mit 20 % angegeben habe und für jeden in Deutschland gälten, natürlich auch für die Kultureinrichtungen gälten. Alles andere wäre schwer vermittelbar. Die Art und Weise, wie in den einzelnen Einrichtungen Energie eingespart werde, sei natürlich sehr unterschiedlich, nämlich in Abhängigkeit davon, was die jeweilige Einrichtung tue und welchen Energiebedarf sie habe. Man habe im Land Nordrhein-Westfalen eine zentrale Beratung eingerichtet, wo sich alle Kultureinrichtungen melden und Fragen zur Umsetzung stellen könnten, wo sie Tipps bekämen, wo Best-Practice-Beispiele diskutiert würden, um die Energieeinsparung so gut wie möglich umzusetzen. Daneben bestehe die Möglichkeit, an andere Experten weitergereicht zu werden, wenn dies notwendig sei. Dies zeige, dass niemand alleine gelassen werde. Alle wüssten, an wen sie sich wenden könnten. Davon werde auch sehr rege Gebrauch gemacht.

Der Fonds, der ja das wesentliche finanzielle Unterstützungsinstrument sein solle, solle so bemessen werden, dass er helfe, den Energieverbrauch zu finanzieren, der 80 % des Vorkrisenniveau betrage. Das bedeute, wenn die 20 % nicht eingespart würden, dann sei dies mit höheren Energiekosten verbunden. Dies finde sie einen klugen Mechanismus. Das hänge aber sehr davon ab, ob der Fonds tatsächlich so umgesetzt werde.

Andreas Bialas (SPD) verweist auf die Ausführungen der Ministerin, die von 80 % des Vorkrisenniveau gesprochen habe. Dann, so der Abgeordnete, befinde man sich in der Zeit von Corona, als es nicht ganz unerhebliche Schließungen gegeben habe.

Er frage, ob er es richtig verstanden habe, dass die Energiekosten, die jetzt zu zahlen seien, zu 80 % übernommen würden.

Die Ministerin habe des Weiteren von Beratungen gesprochen. Eine Beratung könne ja sein, eine energetische Sanierung durchzuführen. Wenn jedoch derjenige das nötige Geld dafür nicht habe, bringe die Beratung nichts. Von daher interessiere ihn, ob dies an entsprechende finanzielle Potenziale für Umrüstungsmöglichkeiten gekoppelt sei.

Ministerin Ina Brandes (MKW) gibt zur Antwort, sie finde es eine etwas problematische Diskussion, zu sagen, ab wann erwartet werde, dass gespart werde. Es werde nicht gespart, weil die Regierung das gerne wolle, sondern es werde gespart, weil man in der größten Energiekrise sei, die dieses Land jemals erlebt habe. Jede Kilowattstunde Strom, die nicht verbraucht werde, und jeder Kubikmeter Gas, der nicht verbraucht werde, sei gut, um sicherzustellen, dass man die nächsten anderthalb Jahre durch die Krise komme. Dies sei der Bevölkerung, der Wirtschaft und auch den Kulturschaffenden inzwischen auch klar, weshalb sie sich alle von sich aus eigeninitiativ und eigenmotiviert auf den Weg machten, ihre Strom- und Gasverbräuche zu reduzieren. Darüber sei man auch sehr froh. Diese Verantwortung müssten alle gemeinsam in Deutschland tragen.

Derzeit wisse man nicht, ob der Fonds komme. Niemand hier im Raum werde das am Ende entscheiden können. Die Diskussion werde zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten geführt und gehöre in eine große Rahmenhandlung, zum Beispiel auch zum Thema einer generellen Energiepreisbremse. Insofern sollte man sehr vorsichtig sein, jetzt Details eines Programms zu besprechen, von dem man noch nicht wisse, ob es überhaupt komme. Am Ende könne auch etwas ganz anderes passieren. Sie sage lediglich, dass sich die Länderkulturministerinnen und -kulturminister sehr energisch dafür einsetzten, dass dieser Fonds komme, weil man es für ein gutes Instrument halte.

Die Bemessungsgrundlage sei vor Corona, also vor 2019. Dies habe sie mit „Vorkrise“ gemeint. In der Tat würde alles andere wenig Sinn ergeben. Diese richte sich natürlich nur an diejenigen, die tatsächlich auch mehr Kosten gehabt hätten. Was man nicht tue, sei, die normalen Energiekosten zu bezahlen. Es sei ein sehr komplexes Feld, das gerade gemeinsam beackert werde. Dies gelte für alle Einrichtungen. Das Ganze sei sehr davon abhängig, wann man die Energielieferverträge abgeschlossen habe, wie lange diese noch liefen, wann neue abgeschlossen werden müssten. Zahlreiche Einrichtungen auf allen Ebenen hätten aktuell überhaupt keine gestiegenen Energiekosten, weil sie Verträge mit gesicherten Tarifen hätten. Daneben gebe es andere, die das Pech hätten, jetzt einen neuen Vertrag abschließen zu müssen, was plötzlich zu einer Kostensteigerung um bis zu 400 % führe. Der Sinn des Fonds und aller anderen Anstrengungen, die man in dieser Richtung unternehme, sei, diejenigen zu unterstützen, die es treffe. Davon werde das auch abhängig sein. Wenn der Fonds oder irgendeine andere Maßnahme komme, dann werde das immer damit zu tun haben, dass es einen Nachweis aus der jeweiligen Institution gebe, dass man tatsächlich im Vergleich zu vorher gestiegene Energiekosten habe. Anschließend werde geprüft, ob 20 % Energie eingespart worden sei. Dann solle eine Differenz davon ausgeglichen werden. Das sei auch noch unterschiedlich, ob es sich um eine Einrichtung in öffentlicher oder in privater Trägerschaft handele. Man wolle diejenigen in privater Trägerschaft noch

umfangreicher unterstützen. Das sei zumindest der Plan für diesen Fonds. Dies hänge aber davon ab, wie das am Ende konkret ausgestaltet sei.

Bezüglich der angesprochenen energetischen Sanierung weise sie darauf hin, dass es verschiedene Programme gebe, unter denen das abgewickelt werden könne. Wenn zum Beispiel eine Beratung ergebe, dass der Bedarf einer energetischen Sanierung bestehe, dann könnten entsprechende Anträge gestellt werden. Da sehe man natürlich die Herausforderung, wie alle aus dem täglichen Leben wüssten, dass diese Maßnahmen im Moment überall umgesetzt würden. Die Lieferzeit zum Beispiel für eine Luft-Wasser-Wärmepumpe betrage derzeit 52 Wochen. Dies sei im Kulturbetrieb nicht anders als in der wirklichen Welt. Damit müsse gearbeitet werden. Gleichwohl sei das Ziel, die Kulturschaffenden so gut wie möglich zu unterstützen, und das tue man auch.

Vorsitzende Christina Osei erwähnt, der Abgeordnete Bialas habe beantragt, in jeder Sitzung etwas zu dem Energiethema zu sagen. Das werde ab der nächsten Sitzung auch geschehen. Diesmal habe man entschieden, das im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes zu tun. – **Andreas Bialas (SPD)** ist damit einverstanden.

4 **Ausgestaltung des 3. Entlastungspaketes der Bundesregierung für Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen** (beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/309

Dr. Werner Pfeil (FDP) verweist auf den dritten Spiegelstrich auf Seite 2 der Vorlage:

„Besonders schützenswertes Kulturgut und die es beherbergenden Einrichtungen sind Teil der zu schützenden kritischen Infrastruktur.“

Ihn interessiere, ob es eine Definition für das „besonders schützenswerte Kulturgut“ oder ob es eine Einzelfallentscheidung gebe.

Ministerin Ina Brandes (MKW) führt aus, der Abgeordnete Pfeil spreche einen sehr wichtigen Punkt an, der in der Kulturszene deutschlandweit gerade sehr intensiv besprochen werde. Es gebe eine Definition dafür. Die Kulturministerinnen und Kulturminister seien aufgefordert worden, anhand der Kriterien eine Liste zusammenzustellen und sie der Bundesnetzagentur zur Verfügung zu stellen, damit dort das Wissen vorhanden sei, wie damit umgegangen werden solle. Alle hätten natürlich ein Interesse daran, dass diese Definition möglichst breit ausgelegt werde, sodass darüber hinaus in Nordrhein-Westfalen etwas getan werde. Dies gelte auch für die Einrichtungen, die sich sehr aktiv eigenständig darüber Gedanken machten, wie weiteres Kulturgut geschützt werden könne, wie man beispielsweise Lagerstätten gemeinsam einrichten und anmieten könne, die dann in bestimmten klimatischen Bedingungen gehalten würden, damit die Kulturgüter entsprechend geschützt seien. Die Kulturszene sei da also sehr proaktiv unterwegs, und das Land unterstütze das in dem Umfang, in dem es nötig sei. Man gehe aber davon aus, dass man in Nordrhein-Westfalen deutlich mehr Kulturgut sicher und energetisch günstig einlagern und schützen könne, als diese Liste vorsehen werde.

Andreas Bialas (SPD) sagt, zu Beginn der Vorlage seien drei wichtige Punkte aufgelistet worden, nämlich dass Kultureinrichtungen nicht schließen müssten, dass die Kultureinrichtungen einen eigenen Beitrag zur Energieeinsparung leisten müssten und dass schützenswertes Kulturgut zu sichern sei. Ihn interessiere, ob damit auch die Künstlerinnen und Künstler, die sich im freien Bereich bewegten und keine eigene Einrichtung hätten, umfasst seien. Diese seien ja auch von steigenden Energiekosten betroffen.

Ministerin Ina Brandes (MKW) lässt wissen, bei den Einzelpersonen, die kulturell tätig seien, gehe man im Moment davon aus, dass die von einem Energiepreisdeckel, die die Bundesregierung verabschieden werde, auf jeden Fall erfasst seien. Dieses Verständnis habe zumindest sie bisher gewonnen. Insofern warte man gespannt darauf, was nächste Woche zwischen dem Bund und den Ländern beraten werde. Wenn

das wider Erwarten nicht der Fall sein sollte, werde man sich im zweiten Schritt Gedanken darüber machen, welche Unterstützungsleistungen notwendig seien. Sie habe ja bereits im Rahmen der kleinen Regierungserklärung ausgeführt, im Zuge der Coronapandemie habe sich das Stipendienprogramm sehr bewährt. Dies sei 40.000 Mal in Anspruch genommen worden. Dies wäre der erste Gedanke, dass man die Infrastruktur, die dafür geschaffen worden sei, das abzuwickeln, nutze, um Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen im Zusammenhang mit dem Energiethema.

Bei allen Projekten, die seitens des Landes gefördert würden, sei es ohnehin laufend so, dass Kostensteigerungen angemeldet würden. Anschließend führe man ein Gespräch darüber, inwiefern das durch Zusatzförderung abgedeckt werden könne. Das sei eine sehr breite Diskussion, die es an vielen Stellen gebe. Es werde dann geprüft, ob man das budgettechnisch abgewickelt bekomme, ob es Möglichkeiten gebe, die Kosten zu senken, um so die Projekte vernünftig umsetzen zu können.

5 Soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/310

Dr. Werner Pfeil (FDP) verweist auf den ersten Absatz in der Vorlage, in dem mitgeteilt werde, dass es Gespräche mit der Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und dem Bundesministerium gegeben habe in Bezug auf die vierte Säule, und erkundigt sich nach Ergebnissen.

Andreas Bialas (SPD) sagt, eine noch zu erbringende Leistung nach der Verabschiedung des Kulturgesetzes in der letzten Legislatur sei es gewesen, eine Form von Honorarordnung zu erarbeiten. Ihn interessiere, ob es diese mittlerweile gebe.

Die Ministerin habe unter TOP 8 ausgeführt, dass es laufendes Geschäft sei, dass man sich bei Kostensteigerungen darüber unterhalte. Dies betreffe aber nicht nur die Energiekosten, sondern auch die Honoraruntergrenzen, dass eben die Kosten stiegen. Wenn dann aber das Gesamtbudget nicht wachse, werde es weniger Projekte gebe.

Ministerin Ina Brandes (MKW) lässt wissen, es seien Gespräche geführt worden über die soziale Absicherung der Künstlerinnen und Künstler in Phasen von Beschäftigungslosigkeit, und diese würden auch noch geführt. Die Herausforderung sei, dass man sich mit diesem Thema in einem Niemandsland zwischen der Zuständigkeit verschiedener Bundesministerien bewege, weshalb es nicht ganz ohne Herausforderung sei, das überhaupt zu besprechen. Ferner gebe es innerhalb der Bundesregierung auf Arbeitsebene unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie so eine Absicherung gestaltet werden könne. Es gebe ein Gutachten, das Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben habe, aus dem hervorgehe, dass eine zusätzliche Säule der Künstlersozialkasse die offensichtlichste Lösung wäre, weshalb man sich dafür auch einsetze. Es gebe innerhalb der Bundesregierung aber auch Vorschläge für andere Lösungen, wie so etwas umgesetzt werden könne. Deswegen liefen aktuell weiter Gespräche. Im Kreis der Kulturministerinnen und Kulturminister sei man sich einig, dass man sich nicht an einer Lösung festklammere, sondern dass es wichtig sei, dass die Aufgabe gelöst werde, weil man in der Pandemie festgestellt habe, wie prekär die Situation vieler Künstlerinnen und Künstler sei. Wichtig sei also, dass eine Lösung gefunden werde, und zwar schnell. Wie die konkret umgesetzt werde, da seien alle etwas pragmatisch. Von daher sei es in der Vorlage so formuliert, dass man sich noch in den Beratungen befinde. In dem Moment, wo es konkreter werde und sich Regelungen abzeichneten, werde der Ausschuss informiert.

Das Thema der Honoraruntergrenzen sei ebenfalls in dem Gutachten behandelt worden. Daraus sei eine Matrix erstellt worden. Das stehe auch in dem schriftlichen Bericht. Diese Matrix sei von der Kulturministerkonferenz verabschiedet worden und werde jetzt den Ländern zur Umsetzung empfohlen. Diese Matrix beinhalte eine ganze

Reihe von Variablen, also die Fragen, in welcher Sparte man überhaupt unterwegs sei, welchen Erfahrungshintergrund es gebe, welche Tätigkeit konkret ausgeführt werden solle usw. Es seien also die entsprechenden Stellschrauben enthalten, um sich an die individuelle Situation in dem jeweiligen Engagement anzupassen. Ziel in Nordrhein-Westfalen sei, ab dem Jahr 2023 die Matrix anzuwenden und entsprechend Honoraruntergrenzen für vom Land finanzierte kulturelle Veranstaltungen umzusetzen. Auch die anderen Bundesländer gingen entsprechende Schritte, manche im selben Tempo wie Nordrhein-Westfalen, manche seien etwas zurückhaltender aufgrund der Haushaltslage, aber man habe sich schon vor längerer Zeit darauf verständigt, dass es in Nordrhein-Westfalen eine Priorität sei, Künstlerinnen und Künstler so zu vergüten in ihren Projekten, in ihren Engagements, dass sie davon leben könnten. Dies wolle man nun mit dieser Matrix umsetzen.

6 Verschiedenes

a) Sitzungstermine

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, mit den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen sei die Verständigung getroffen worden, dass der Ausschuss für Kultur und Medien in 2022 folgende Sitzungstermine habe: 10. November, 1. Dezember.

Andreas Bialas (SPD) sagt, man habe ja noch über einen zusätzlichen Termin am 17. November gesprochen wegen der Haushaltsberatungen. Ansonsten wäre es relativ sportlich.

Vorsitzende Christina Osei merkt an, dann nehme sie den 17. November noch mit auf. Sitzungstermine für 2022 seien also 10. November, 17. November und 1. Dezember.

Für das Jahr 2023 seien folgende Termine vorgesehen: 19. Januar, 2. März, 23. März, 27. April, 11. Mai, 17. August, 14. September, 28. September, 2. November und 7. Dezember.

Ferner werde ein Bedarfstermin im Juni vorgesehen. Die Sitzung könne dann allerdings nicht an einem Donnerstag stattfinden. Der Ausschuss sollte sich spätestens bis zum 25. Mai über einen etwaigen Sitzungstermin entscheiden.

Der **Ausschuss** ist mit den Sitzungsterminen einverstanden.

b) Beschlussfassung über eine Dienstreise nach Berlin

Vorsitzende Christina Osei führt aus, der Ausschuss besuche traditionell die Internationalen Filmfestspiele in Berlin. Die Berlinale 2023 finde vom 16. bis 22. Februar statt. Im Zuge eines solchen Besuchs nehme der Ausschuss regelmäßig an dem Empfang der Landesregierung in der Landesvertretung NRW teil, der im nächsten Jahr am 19. Februar stattfinde. Eine Anregung aus dem Ausschuss aufgreifend habe erfreulicherweise bereits mit dem Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein Fachgespräch voraussichtlich für den 18. Februar vereinbart werden können. Um die beabsichtigte Dienstreise durchführen zu können, müsse der Ausschuss einen Beschluss als Grundlage einer Genehmigung fassen.

Der Ausschuss ist einstimmig damit einverstanden, dass die Vorsitzende den Präsidenten um Genehmigung einer Dienstreise des Ausschusses vom 18. bis 20. Februar 2023 anlässlich der Berlinale nach Berlin ersucht.

Vorsitzende Christina Osei weist darauf hin, dass am morgigen Tage um 13:00 Uhr der Kinderbuchpreis des Landes Nordrhein-Westfalen in Aachen verliehen werde.

(Unterbrechung von 14:25 Uhr bis 14:41 Uhr)

7 Medienpolitische Schwerpunkte der Landesregierung in der 18. Wahlperiode

Vorsitzende Christina Osei leitet ein, Herr Minister Liminski gebe heute für die Landesregierung eine Einführung in die medienpolitischen Schwerpunkte der Landesregierung in der 18. Wahlperiode.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) trägt vor:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bitte zunächst einmal, meine Verspätung zu entschuldigen. Sie nehmen ja selber wahr, dass wir momentan im Zwei-Wochen-Rhythmus als Ministerpräsidentenkonferenz zusammenkommen. Wir waren Vorsitz, wir sind jetzt Co-Vorsitz. Das verlangt jedes Mal mehr Vorbereitung, als die Öffentlichkeit annimmt. Wir sind jetzt gerade dabei, die Sonderkonferenz vom kommenden Mittwoch vorzubereiten. Da geht es auch für dieses Land um viel Geld. Deswegen wollte ich die Schalte mit dem Chef des Kanzleramts und den Kollegen aus den Chefs der Staatskanzleien nicht frühzeitig verlassen, habe aber auch auf die Tube gedrückt und freue mich jetzt, hier zu sein. Als einen Versuch, meine Verspätung zu entschuldigen, biete ich an, mein Redemanuskript im Nachgang dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Das erleichtert Ihnen hoffentlich, dem zu folgen, und dem Sitzungsdienst, das zu dokumentieren.

Ich will die kleine Regierungserklärung zur Medien- und Netzpolitik damit beginnen, dass ich vier Schlaglichter auf die aktuelle Situation werfe, die aus unserer Sicht ein bisschen das Feld beschreiben, in dem wir uns momentan bewegen.

Das eine ist der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der ja nicht nur ein militärischer Krieg ist, sondern auch ein Informationskrieg. Das führt uns vor Augen, wie bedeutsam freie Medien für die Demokratie, auch für unser Land sind. Dementsprechend ist es uns als Landesregierung wichtig, diese freien Medien zu sichern und zu stärken, auch im Sinne einer langfristigen inneren Wehrhaftigkeit unserer demokratischen Gesellschaft. Unabhängiger und vielfältiger Journalismus ist ein unverzichtbares Gegengewicht zu Desinformation und Verschwörungserzählungen.

Das hat ja insofern bereits erste Früchte gezeigt, als wir im Frühjahr eine Reaktion der Europäischen Union mit Blick auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine hatten mit dem Verbreitungsverbot für verschiedene russische Rundfunksender, darunter RT und Sputnik. Ich will dazu sagen, auch als Medienpolitiker bin ich, was das Verbot von Medienkanälen angeht, immer auf der Seite derer, die sehr vorsichtig bei diesem Instrument sind. Ich glaube auch, dass die Begründung, das als Wirtschaftssanktion zu machen, hinkt. Das will ich ganz offen sagen. Im Ergebnis ist es aber richtig, denn in diesem Fall blieb Europa keine andere Wahl. Was RT und Sputnik als vom russischen Staat gelenkte Instrumente an Desinformation verbreitet haben, hatte natürlich auch das Ziel, unsere Gesellschaft zu destabilisieren. Das als erstes Schlaglicht auf das Umfeld, in dem wir uns bewegen.

Ein zweites Schlaglicht ist die Situation der lokalen Medien nach oder auch in der Pandemie. Wir haben in der Pandemie erlebt, dass der Bedarf für Bürgerinnen und Bürger, sich journalistisch zu informieren, bzw. der Bedarf an journalistisch aufbe-

reiteten verlässlichen Informationen größer denn je war. Gleichzeitig haben wir aber auch erlebt, dass die wirtschaftliche Situation für viele dieser Medien, vor allen Dingen auch für lokale und regionale Medien, schwieriger denn je war, was ein gewisses Paradoxon und für die jeweiligen Medienunternehmen nicht immer ganz leicht darzustellen ist. Wir haben ja die Situation gehabt, dass die einbrechenden Werbeeinnahmen unserem Lokalfunk stark zugesetzt haben. Wir haben als Landesregierung damals – und wären im Bedarfsfall bereit, das wieder zu tun – geholfen. Es zeigt aber, wie zerbrechlich unser Mediensystem ist, wie sensibel das ist. Deswegen ist die Medienvielfalt in unserem Land keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen hier auch weiterhin auch mit Blick auf aktuelle Krisen sehr wachsam sein.

Ein drittes Schlaglicht ist das Thema „Medienkompetenz“. Das ist zwar immer in aller Munde, aber wahrscheinlich nie so wichtig wie heute. Ich glaube, dass wir in der Tat in einem Umbruch sind, was die Mediennutzung angeht. Es gibt immer mehr eine gewisse Gleichzeitigkeit von Lesen, Zuschauen, Zuhören und immer mehr den Wunsch, selber aktiv zu sein, also nicht nur Konsument von Medien zu sein. Damit werden Bürgerinnen und Bürger selber zu Sendern und nicht nur Nutzer von Nachrichten, etwa in sozialen Medien. Gleichzeitig erleben wir aber, dass die Orientierung in der Medienwelt für viele immer schwieriger ist. Dementsprechend ist es uns als neue Koalition von CDU und Grünen und als neue Landesregierung wichtig, an dieser Stelle mit Blick auf die aktuelle Situation ein Schlaglicht darauf zu werfen, dass wir unser Bemühen als Land verstärken müssen.

Ein vierter und letzter Punkt, bevor ich zu einigen Maßnahmen komme, ist ein Schlaglicht auf die Medienwirtschaft in der Pandemie. Ich habe gerade schon etwas zu Lokalsendern und Regionalzeitungen gesagt. Wir haben auch da eine sehr gegensätzliche Entwicklung. Wir haben einerseits diese Situation gehabt im klassischen Journalistenbereich, und wir haben gleichzeitig so etwas gehabt wie die Gamesbranche, die geboomt hat wie nie zuvor. Insofern gibt es eine ziemliche Ungleichzeitigkeit von Entwicklungen innerhalb der Medienwirtschaft. Wir hatten die Situation bei den Dreharbeiten mit Blick auf Funk und Fernsehen, die sehr schwierig war und für einige noch ist, mit Blick auf Sicherheit das entsprechend tun zu können. Wir haben deshalb an der Stelle dafür gesorgt – das werden wir auch in diesen Tagen wieder tun –, dass da, wo Versicherungsschutz nicht gegeben ist, Dreharbeiten in dieser Phase und in dieser Zeit trotzdem abgesichert werden können. Wir haben immer wahrgenommen, dass die Medienwirtschaft in ihrer gesamten Wertschöpfungskette unter Stress war. Das spürt die Branche weiter. Wir wollen, dass sie weiterhin ein gutes Umfeld hier bei uns in Nordrhein-Westfalen findet.

Wenn man sich diese vier Schlaglichter vor Augen führt, dann kann man vielleicht etwas besser nachvollziehen, warum der Zukunftsvertrag von CDU und Grünen – unser Programm als Landesregierung – im Bereich der Medien- und Netzpolitik letztlich eine Mischung von Kontinuität und Aufbruch ist. Wir wollen auf diese medienpolitischen Herausforderungen eingehen. Kontinuität und Verlässlichkeit von Medien- und Netzpolitik ist in diesem Umfeld, das ich gerade beschrieben habe, für die Medienschaffenden, für die Medienwirtschaft ein sehr großer Wert an sich. Das ist auch immer wieder das Feedback, das man bekommt, wenn man sich dazu regelmäßig austauscht, dass es gut ist, dass man es bei einem solchen Umbruch in der

Werbebranche, in einer solchen internationalen Wettbewerbslage mit der Landesregierung angesichts dessen, was die Landesregierung an Regulierungen, an Rahmenbedingungen schaffen kann, mit einem verlässlichen Partner zu tun hat.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, welche Herausforderungen Pandemie und Ukrainekrieg mit Blick auf die Medienvielfalt für uns darstellen. Wir legen einen großen Fokus darauf, dass wir weiterhin bestmögliche Rahmenbedingungen für freien und vielfältigen Journalismus in Presse, Rundfunk und Telemedien schaffen. Das gilt etwa für den Zeitungsmarkt. Wir haben ja hierzu regelmäßig Erhebungen im Landtag durch Große Anfragen. Es wurde vielfach herausgearbeitet, unter welchem Druck die Zeitungswirtschaft schon seit Längerem, auch schon vor diesen genannten Krisen stand. Wir haben immer noch bei uns in Nordrhein-Westfalen starke Lokalzeitungsverlage, Regionalzeitungen. Darüber sind wir sehr froh. Wir wissen auch um ihre Sensibilität, was das Geschäftsmodell angeht, aber gerade auch für das föderale Miteinander in Deutschland ist es gut, dass wir diese starken Regionalzeitungen, die noch das Lebensgefühl einer Region vermitteln, haben. Daran haben wir selber als Land ein großes Interesse. Deswegen wollen wir weiterhin im Bereich der Presselandschaft daran arbeiten, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die nicht nur eine journalistische redaktionelle Unabhängigkeit gewährleisten, sondern im besten Fall auch eine wirtschaftliche, denn das geht ja häufig Hand in Hand. Dementsprechend halten wir es für sinnvoll, dass die Bundesregierung sich vorgenommen hat, im Bereich der Kosten für die Produktion, für den Vertrieb von Zeitungen zu helfen. Wir unterstützen das als Landesregierung – ich habe es bereits im Plenum gesagt – und werden das dementsprechend konstruktiv begleiten.

Neben den Zeitungen haben wir den Lokalfunk, ein unverzichtbares Element der Medienvielfalt in unserem Land Nordrhein-Westfalen. Hier haben wir mit der Gesamtradiostrategie 2022 in der letzten Legislaturperiode wichtige Weichenstellungen vorgenommen, um den Sendern bzw. den Betriebsgesellschaften eine wirtschaftliche Eigenständigkeit zu erleichtern. Wir wissen allerdings, dass das nicht der Stein der Weisen ist, der jetzt keinerlei Bewegung mehr erforderlich macht. Dementsprechend begleiten wir, dass die LfM als staatsferne Institution eine Strukturanalyse zum Lokalfunk macht. Deren Ergebnisse kennen wir als Landesregierung noch nicht, werden sie aber sicherlich bald erfahren. Anschließend wollen wir mit den Akteuren ins Gespräch darüber kommen, was jetzt weiterhin notwendig ist, um den Lokalfunk in seiner Eigenständigkeit weiterhin zu stärken. Ich will direkt dazu sagen, auch wenn ein Teil der Landesregierung auch der letzten Landesregierung angehörte, wir sind nicht verschlossen, dazuzulernen und an der Stelle weitere Schritte zu gehen, um das zu ermöglichen.

Ich will noch auf die überregionalen elektronischen Medien eingehen. Hier haben wir mit dem Medienstaatsvertrag wichtige Weichen gestellt für die Verfügbarkeit und Auffindbarkeit von Medieninhalten. Aber die Medieninhalte entwickeln sich weiter. Auf unsere heimischen Medienhäuser herrscht ein großer Innovationsdruck. Dementsprechend verfolgen wir das natürlich mit Blick etwa auf RTL in Köln. Das Unternehmen ist ja nicht irgendein Unternehmen auch für den Medienstandort mit Blick auf die Aufträge, die von dort ergehen, aber wir müssen sicherstellen, dass die

Medienregulierung so, wie sie gestaltet ist, an der wir als Land mitwirken, das auch ermöglicht.

Ich will natürlich noch eingehen auf den WDR als den öffentlich-rechtlichen Landessender in Nordrhein-Westfalen. Er leistet einen unerlässlichen Beitrag für eine vielfältige Medienlandschaft. Nichtsdestotrotz müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die öffentliche Diskussion momentan geprägt ist durch die Geschehnisse des vergangenen Sommers. Der WDR muss daran arbeiten, dass die Menschen seine Angebote nutzen. Dafür muss er nicht nur in seiner Berichterstattung glaubwürdig sein, sondern auch als Institution. Das ist die Aufgabe des WDR und auch all seiner Organe. Dementsprechend wird die Landesregierung den WDR dort unterstützen, wo das entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen erforderlich macht, also wo die nachjustiert werden müssen.

Wir haben mit dem dritten Medienänderungsstaatsvertrag, der in den Landtag eingebracht ist, bereits wichtige Weichenstellungen auf den Weg gebracht. Momentan ist ja die Vorunterrichtung der Landesparlamente und dann die Unterzeichnung, die wir in der vergangenen MPK in Hannover hatten. Wir wollen das hier bald intensiver diskutieren. Uns geht es darum, dass das Aufgabenprofil an der Stelle geschärft wird und gleichzeitig die Anstalten die Möglichkeit haben, ihre Angebote nutzergerecht weiterzuentwickeln, denn die allermeisten haben sicherlich ein Interesse daran, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Hörerinnen und Hörer, Zuschauerinnen und Zuschauer erreichen kann, und zwar in allen Altersklassen.

Die Gremien haben eine wichtige Kontrollfunktion in den Rundfunkanstalten und natürlich auch im Bereich des Qualitätsmanagements ebenso wie bei der Finanzkontrolle. Ich will direkt dazu sagen, was ich auch dem WDR sage – wir hatten letzte Woche mit den Intendanten einen intensiven Austausch –: Die Menschen vertrauen einem öffentlich-rechtlichen Sender nur insofern, als er sorgsam, transparent und wirtschaftlich mit den Rundfunkbeiträgen umgeht. Hierfür müssen alle Beteiligten im Sender die entsprechende Sorge an den Tag legen und die Gremien natürlich eine selbstbewusste Rolle einnehmen. Ich freue mich, dass an der Stelle nicht zuletzt auf Initiative von Nordrhein-Westfalen die Stärkung der Gremien mit diesem dritten Medienänderungsstaatsvertrag auf den Weg gebracht ist. Wir hatten in der Rundfunkkommission, von der ich eben gesprochen habe, in der vergangenen Woche einen intensiven Austausch mit den Intendantinnen und Intendanten. Der wird sicherlich fortgesetzt. Ich glaube, wir werden bald öffentlich über Vorschläge diskutieren, wie man mit dem umgeht, was infolge der Geschehnisse dieses Sommers öffentlich diskutiert worden ist. Da hat sicher manches bahngebrochen, was sich angestaut hat an Themen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ich will gerne noch eingehen auf den gemeinnützigen Journalismus, der auch in unserem Koalitionsvertrag und Zukunftsvertrag angelegt ist, ein Vorhaben, das wir aus Nordrhein-Westfalen in unterschiedlichster Kombination parteipolitisch schon seit vielen Jahren vorbringen, ob nun Rot-Grün, Schwarz-Gelb oder jetzt Schwarz-Grün. Ich glaube, es ist gut, dass wir das parteiübergreifend tun. Der gemeinnützige Journalismus ist keine ganzheitliche Antwort auf den Stress, dem unsere Medienhäuser ausgesetzt sind, aber er kann punktuell eine Antwort sein. Er kann etwa im

Bereich des Lokaljournalismus oder auch im Bereich des fachspezifischen Journalismus die Antwort sein, wenn wir hier ermöglichen, erleichtern, dass Journalismus als gemeinnützig anerkannt wird, dass es entsprechend Zusammenschlüsse gibt und nicht mehr die allzu wilden rechtlichen Konstruktionen, die man momentan noch wählt, die natürlich alle mit einer gewissen rechtlichen Unsicherheit und mangelnden Planungsperspektiven verbunden sind. Dementsprechend unterstützen wir als Landesregierung, dass die Bundesregierung – es geht ja letztlich um die Abgabenordnung beim Bundesfinanzminister – sich das vorgenommen hat. Das wollen wir positiv begleiten. Wir haben als Land dazu unsere Vorschläge gemacht.

Ich will gerne noch auf einen anderen wichtigen Aspekt zu sprechen kommen, der uns hier im Ausschuss sicherlich noch beschäftigen wird, der European Media Freedom Act. Viele Spielregeln, die für Medien in unserem Land relevant sind, werden durch bundes- und europarechtliche Vorgaben definiert. Das sind natürlich faire Wirtschaftsbedingungen. Diese sind eine wichtige Voraussetzung für einen gesunden Wettbewerb und können auch Grundlage für Angebotsvielfalt sein. Das Anliegen des European Media Freedom Act, nämlich Medienfreiheit in Ländern wie Polen und Ungarn zu sichern, unterstützen wir vollumfänglich, um das direkt klarzumachen. Allerdings hat diese Form der Regulierung, wie sie jetzt auf den Weg gebracht ist, viele Folgewirkungen, die uns Sorgen machen sollten, nicht nur im Sinne eines Kompetenzstreits, wer für was zuständig ist, sondern auch mit Blick auf die Folgen für die häufig sehr sensible Medienregulierung, Medienrechtsituation in den anderen Mitgliedsstaaten. Das sehen nicht nur wir in Deutschland so, wir sicherlich in besonderer Weise aufgrund der Zuständigkeit der Länder. Wir hatten in der vergangenen Woche bei der Rundfunkkommission einen, wie ich finde, sehr offenen Austausch mit der zuständigen Kommissarin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, die sich offen gezeigt hat für die Kritik, die mitunter sehr grundsätzlich vorgetragen worden ist, weil wir eben die Sorge haben, dass hier ein positives Ziel mit dem falschen Instrument verfolgt wird. Wie weit sich das noch im Prozess heilen lässt, wird sich zeigen. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir parteiübergreifend daran arbeiten könnten. Ich habe den Arbeitsbesuch der Landesregierung in Brüssel am vergangenen Dienstag genutzt, um mit Frau Verheyen, die die zuständige Berichterstatterin im zuständigen Ausschuss werden wird, zu sprechen. Frau Kammerevert wird auch an der Stelle Verantwortung übernehmen, wenn ich das richtig weiß. Das sind schon mal gute Voraussetzungen, dass zwei nordrhein-westfälische Medienpolitikerinnen das im Europäischen Parlament tun werden. Wir sollten an der Stelle an einem Strang ziehen, um hier zu einer sinnvollen Ausgestaltung zu kommen.

Ich will gerne noch etwas zum Bonn Institute sagen. Der Journalismus im digitalen Wandel muss sich weiterentwickeln, auch in seinem Handwerkszeug. Sie haben alle sicherlich schon vom Konzept des Constructive Journalism gehört. Das ist bei Weitem nicht das, als was es manchmal diffamiert wird, nämlich Hurra-Journalismus, sondern es ist Journalismus, der sich sozusagen mit den Informationsbedürfnissen und auch mit den konstruktiven Lösungen für politische Probleme stärker befasst, als es andere journalistische Konzepte tun. Dementsprechend haben wir dieses Institut als Landesregierung bereits in seiner Gründung unterstützt. Wir freuen uns, dass starke Partner wie die Deutsche Welle, RTL, die Rheinische Post

und andere jetzt schon dabei sind. Das Ziel muss sein, dass es sich auf Dauer aus den starken Medienhäusern heraus selbst trägt. Wir wollen mit der Branche daran arbeiten, dass das Bonn Institute eine langfristige Perspektive hat.

Wenn ich schon bei den Akteuren der Medienpolitik bin, möchte ich auch auf das Grimme-Institut eingehen. Das hat sich natürlich schon längst etabliert. Wir feiern im kommenden September den 50. Geburtstag. Ich glaube, dass mit dem Grimme-Preis, mit dem Grimme Online Award und anderen vielfältigen Angeboten sich das Grimme-Institut im Kontext von Medienqualität und Mediendiskurs einen Namen gemacht hat und längst nicht mehr aus dem Medienland Nordrhein-Westfalen wegzudenken ist. Das gilt auch für Initiativen, die zwischenzeitlich gestartet worden sind, wenn ich etwa an das gemeinsam mit der Universität Köln betriebene Grimme Forschungskolleg denke, aber eben auch andere Formate des Instituts. Wir werden weiterhin als Land unseren Beitrag dafür leisten, dass das Grimme-Institut sein Profil schärfen kann und seinen Beitrag leisten kann. Ich glaube, die Diskurssituation, wie wir sie vielfach momentan erleben angesichts der Krisen, die ich eingangs beschrieben habe, macht es notwendiger denn je, auch grundsätzlich über die Qualität von Medien bzw. auch über den Mediendiskurs nachzudenken.

Ich hatte eingangs die Medienkompetenzförderung angesprochen. Hier haben wir mit dem Digitalcheck NRW bereits etwas auf den Weg gebracht, was sechsstellig Menschen erreicht, also auch in der Fläche. Damit bleiben wir nicht im Elfenbeinturm. Mittlerweile ist der Digitalcheck NRW in Deutsch, Englisch, Türkisch, Arabisch und Russisch sowie in leichter Sprache verfügbar, um tatsächlich an die Menschen heranzukommen und mit einer niedrigen Hemmschwelle zu ermöglichen, seine eigenen Medienkompetenzen zu testen und die entsprechenden passgenauen Angebote zu finden, passgenau auch die Angebote aus dem privaten Bereich, aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, also nicht alle staatliche Angebote. Das ist uns wichtig. Wir haben mit dem Digitalcheck NRW quasi eine gemeinsame Plattform für die Auffindbarkeit geschaffen. Ich freue mich, dass sich das gerade an Menschen richtet, die sich nicht schon immer mal mit Medienkompetenz auseinandersetzen wollen. Das sind häufig die, die es nicht unbedingt direkt erreichen müsste, sondern tatsächlich für Menschen, die einen besonderen Bildungsbedarf haben.

Dementsprechend wollen wir mit Medienkompetenzvermittlung unseren Anteil tun, das auch im Kontext des im Koalitionsvertrag angekündigten Aktionsplans gegen Desinformation. Die Erfahrungen, die wir im Digitalcheck NRW gesammelt haben, wollen wir im NewsCheckNRW ausbauen. Hier geht es darum, dass wir besonders Lehrerinnen und Lehrer mit kostenfreier und kurzweiliger Fortbildung zum Thema „Journalismus“ und zum Thema „Nachrichteninformativkompetenz“ erreichen.

Ich komme zum Aktionsplan gegen Desinformation, den ich gerade eben erwähnt habe. Der Zukunftsvertrag von CDU und Grünen kündigt den explizit an. Wir sind aktuell dabei, zu identifizieren, welche Handlungsfelder im Medienbereich sinnvollerweise erschlossen werden müssen und welche Ressorts hierfür zuständig sind. Für uns im Kernbereich der Medienpolitik geht es dabei vielfach um Fragen der Vielfaltssicherung und auch der Medienkompetenzförderung, aber auch der Medienregulierung, nicht zuletzt auch der Forschung im Kontext Desinformation.

Wir werden natürlich neben der Pflege dieser Landschaft, die ich gerade ein bisschen abgesprochen habe, auch die Veranstaltungen im Bereich Medienwirtschaft weiterhin ausgestalten. In diesem Sommer konnten ja endlich wieder einige der Formate in Präsenz stattfinden, die auch die ganze Breite und Stärke unseres Medienwirtschaftsstandorts aufzeigen, wenn ich an das Global Media Forum oder die Gamescom, den gamescom congress, auch an den Grimme-Preis oder an das Filmfestival Cologne denke. Die Landesregierung wird weiter daran arbeiten, dass sich die Medienwirtschaft bei uns in Nordrhein-Westfalen zu Hause fühlt, und dementsprechend die Veranstaltungsformate gemeinsam mit der Branche fortentwickeln.

Zu den ganz zentralen Akteuren unserer Medienpolitik gehört natürlich auch die Film- und Medienstiftung NRW, die zentrale Förderagentur. Wir werden sie weiterhin stärken. Dazu gehört auch, dass wir das Mediennetzwerk, das bisher eigenständig war, in die Film- und Medienstiftung integrieren und an der Stelle unsere Bemühungen um die Standortvertretung, Standortwerbung intensivieren.

Im Bereich der Games haben wir bereits im Kontext der gamescom – das wird jetzt im Haushalt auch abgebildet – die neue Förderung für Serious Games angekündigt, die wir auf den Weg bringen wollen. Dabei beziehen wir auch den neuen Fusion Campus ein, der sich immer mehr bewährt als ein Ort des Miteinanders mit der Branche.

Bei der Filmförderung wollen wir uns dafür einsetzen, dass neben einer Verstärkung des erreichten besseren Niveaus und vielleicht auch einer Erhöhung, wenn die Zeiten es zulassen, wir außerdem die Förderkriterien um nachhaltige Arbeitsweisen sowie die Einhaltung sozialer Standards und Diversität erweitern werden. Das wird vielfach in der Branche jetzt schon sehr groß geschrieben und beachtet, aber uns ist es ein Anliegen, dass wir das in unserer Förderpolitik entsprechend weiter befördern.

Im Bereich E-Sport wollen wir sehr ambitioniert vorgehen. Wir setzen uns bei der Bundesregierung dafür ein, dass alle E-Sport-Vereine als gemeinnützig anerkannt werden können. Wir machen dabei keine Aufteilung in gute und schlechte Spiele. Das ist ein Thema, das sicherlich noch vielfach diskutiert werden wird. Aber man muss sich an der Stelle irgendwann mal entscheiden, ob man springt oder nicht. Zu sagen, Gemeinnützigkeit ja, aber nur für bestimmte, das ist ein bisschen wie „Wasch mir den Pelz, aber mach‘ mich nicht nass“. Insofern müssen wir an der Stelle eine klare Position einnehmen. Wir tun das als Landesregierung. E-Sports sind längst weiter, als dass sie immer verschrien sind. Wir sehen darin sogar ein großes Potenzial, weil es auch mit Blick auf die Inklusion vielfach Möglichkeiten gibt, die der klassische Sport so nicht bietet. Und gleichzeitig sehen wir viele positive Parallelen zu dem klassischen Sport, wenn ich an die Werte wie Fairness, Teamgeist, Leistungsbereitschaft denke. All das ist auch im Bereich der E-Sports von großer Bedeutung. Wir werden im Bereich der E-Sports auch konkret Dinge professionalisieren. Wir haben mit der esports player foundation einen starken Akteur hier am Standort und sind bereits im guten Austausch darüber, dass wir hier gezielt Talente aus Nordrhein-Westfalen fördern wollen und auch zu einem Modul kommen wollen, dass wir auch Trainerinnen und Trainer ausbilden. Das ist ganz wichtig, um an der Stelle das

ganze Ökosystem E-Sports so zu professionalisieren, dass wir tatsächlich an der Stelle mithalten können.

Das Thema „Fachkräftemangel“ ist ein Thema, das uns durch die Bank, durch alle Bereiche, die ich jetzt erwähnt habe, beschäftigen wird. Ich habe ja den Mediendigitalbeirat in der vergangenen Legislatur gepflegt. Wir werden ein ähnliches Format auch in dieser Legislaturperiode auflegen, wo wir als Landesregierung und ich als Medienminister den direkten Austausch mit der Branche pflegen, und zwar strukturiert und regelmäßig und nicht nur punktuell. Das Thema „Fachkräftemangel“ dort aufzurufen, hat bedeutet, dass man quasi wie in ein Wespennest gestochen hat, denn das hat vielfach für Reaktionen gesorgt. Das zeigt mir, dass wir das Thema nicht nur in anderen Bereichen kennen, sondern hiermit auch im Bereich der Medienwirtschaft und auch im Bereich des Journalismus ein Thema haben, an dem wir kontinuierlich arbeiten müssen.

Sie sehen, an Aufgaben wird es uns nicht mangeln, sicherlich nicht auch an Themen, über die es gelegentlich zu streiten gilt. Insgesamt aber möchte ich abschließend für die Landesregierung den Wunsch äußern, dass wir in diesem sehr sensiblen Bereich der Landespolitik so oft es geht den fraktionsübergreifenden Schulterchluss suchen. Das soll das explizite Angebot seitens der Landesregierung sein.

Vorsitzende Christina Osei merkt an, die Aussprache erfolge in der nächsten Sitzung am 10. November.

8 **Wie gewährleistet und stärkt die Landesregierung die Vielfalt des Lokaljournalismus?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/295

Christian Obrok (SPD) verweist auf die Ausführungen in der Vorlage, wonach es mit Blick auf die ausgefallene Konferenz keine Nachfolgeveranstaltung gebe. Ihn interessiere der Grund.

Der Minister habe unter TOP 1 ausgeführt, dass man bezüglich der Vorhaben der Landesregierung, die Medienvielfalt zu sichern und den Lokaljournalismus zu stärken, die Rahmenbedingungen verbessern wolle. Er wolle wissen, wie dies konkret geschehen solle.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) antwortet, bei der anberaumten Konferenz sei es darum gegangen, wie die Landesregierung die Projekte der Ruhr-Konferenz in diesem spezifischen Bereich weiter fördern könne. Dies sei ein bisschen gedacht als Cut zur Legislatur, um einen Ausblick zu machen und einer künftigen Regierung Empfehlungen mit auf den Weg zu geben. Die Veranstaltung habe nicht stattfinden können. Die Landesregierung habe sich entschieden, die Projekte weiterhin zu unterstützen. Der ursprüngliche Anlass für die Veranstaltung sei ein Stück weit entfallen, und zwar aus positiven Gründen, weil man die Projekte weiterhin fördere. Man werde trotzdem im Kontext der Ruhr-Konferenz-Projekte sehr wahrscheinlich zu einer Veranstaltung kommen, dann allerdings etwas spezifischer. Ein Thema werde der Fachkräftemangel sein. Viele dieser Projekte, die im Kontext der Ruhr-Konferenz entwickelt worden seien, befassten sich ja mit dem Fachkräftemangel im Kontext Journalismus. Dieses Thema ziehe sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche der Medienwirtschaft. Vor dem Hintergrund wolle man gerne überlegen, wie die Projekte, die bereits entwickelt worden seien, einen Beitrag leisten könnten, Fachkräftemangel nicht nur punktuell, wie das bisher der Fall gewesen sei, sondern auch systematisch zu beheben.

Die Rahmenbedingungen wolle er der Strukturanalyse der Landesmedienanstalt überlassen. Dieser wolle er nicht vorgreifen. Ihm sei wichtig gewesen, zu signalisieren, dass man nicht sage, man habe eine grandiose Strategie entwickelt, und jetzt sollten die Betriebsgesellschaften die Möglichkeiten nutzen, sondern dass man offen sei, weil man anerkenne, dass sich die Umstände sehr schnell weiterentwickelten. Die ganzen Megatrends, die schon damals eine Rolle gespielt hätten, die Entwicklung im Werbemarkt, die Digitalisierung, die Internationalisierung, seien eher verschärfte Trends. Hinzu komme die Herausforderung durch Formate jenseits von seriösem Lokalfunk, die sich auch als Nachrichtenportale gerierten. Dementsprechend sei der Bedarf umso größer. Das Land wolle sozusagen ordnungspolitisch alles dafür tun, dass nach Möglichkeit der Lokalfunk aus eigener Kraft heraus eigenständig, selbstständig und unabhängig sein könne. Wenn er das irgendwann mal gar nicht sein sollte, dann müsse man sich auch darüber unterhalten, aber es müsse das Interesse aller sein, dass man versuche, das zu ermöglichen. Dazu gehöre allerdings, den Realitäten im sehr

kleinteiligen Lokalfunksystem in die Augen zu schauen. Die Abgeordneten hätten sicherlich mit ihren jeweiligen Lokalsendern zu tun und seien mit denen im Austausch. Es habe über eine lange Zeit eine Diskussion gegeben, die sich immer an einem Sender, der angeblich der einzige sei, der rote Zahlen schreibe, festgemacht habe. Dadurch habe man immer so getan, alle anderen seien sehr lukrative Geschäftsmodelle. Die Realität sehe etwas anders aus. Er habe die Hoffnung, dass der Prozess, den die LfM im Auftrag des Landes durchgeführt habe, hier zu einem ehrlicheren Lagebild führe. Die Betrachtung der Wirklichkeit sei seiner Ansicht nach ein guter Ausgangspunkt für gute Politik. Er kündige an, dass, wenn die Strukturanalyse vorliege, er im Ausschuss eigens darüber berichte.

Ralf Witzel (FDP) legt dar, der Anspruch Vielfaltssicherung betreffe sicherlich nicht nur die Ruhr-Konferenz. Er wage sogar die These, es gebe Regionen in Nordrhein-Westfalen, wo es weniger Medienangebote im Lokaljournalismus gebe, als wenn man die Metropole Ruhr insgesamt als Siedlungsraum sehe. Insofern sei es auch über die Ruhr-Konferenz hinaus eine wichtige Aufgabenstellung für die Landesregierung, das Thema im Blick zu haben, dass zumindest die ökonomischen Rahmenbedingungen so seien, dass man es nicht unnötig erschwere, dass eine gewisse Vielfalt von Anbietern in der Verbreitung von Informationen tätig sei. Das sei sicherlich nicht nur in der Ballungsregion Ruhr ein Thema.

Er habe ein kleines Fragezeichen gemacht hinter der These, dass es wichtig sei, im Blick zu behalten, dass der Fachkräftemangel eine Problematik sei. Dieser gelte weitgehend natürlich für alle Branchen. Sein Eindruck sei aber eher, dass, wenn es zu Engpässen in der Versorgung mit journalistischer Qualität komme, nicht der Fachkräftemangel der Grund sei, sondern der Umstand, dass der Arbeitsmarkt nicht hinreichend attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten für die biete, die es könnten und von ihrer Interessenlage auch machen würden. Er bekomme weniger mit, dass händierend Verlage, Rundfunkhäuser auf der Suche nach Personal seien und niemanden fänden, der das tue – hierzu würde ihn die Erfahrung des Ministers interessieren –, vielmehr höre er von vielen Absolventen, man bekomme heute nicht mehr die Perspektiven geboten im Bereich des Journalismus, die es noch vor 10, 15, 20 Jahren gegeben habe. Vor dem Hintergrund bitte er um eine Einschätzung, warum der Fokus so stark auf Fachkräftegewinnung liege und nicht auf diejenigen, die ausgebildet würden. Es gebe in Nordrhein-Westfalen gute Ausbildungsstandorte, auch im universitären Bereich, Institute, die sich um Journalismus kümmerten. Nach seiner Einschätzung liege das Problem eher darin, dass Nachwuchskräfte nicht die Perspektiven ihrer beruflichen Entwicklung fänden aufgrund der Einsparungen, der Kürzungen, des Margendrucks, den es auch im Medienbereich gebe.

Andrea Stullich (CDU) lässt verlauten, in allen Gesprächen mit Medienschaffenden vor Ort höre sie, dass es einen erheblichen Nachwuchskräftemangel gebe. In den 80er- und 90er-Jahren habe jeder, der von der Schule gekommen sei, gesagt, er mache etwas mit Medien. Dies sei längst nicht mehr so. Auch die aktuelle Diskussion unter anderem um die Zukunft von Lokaljournalismus, aber auch um die Zukunft von Printjournalismus mache es für viele schwierig, einzusteigen. Die Lokalsender in

Nordrhein-Westfalen berichteten übereinstimmend, dass sie erhebliche Probleme hätten, Volontäre zu finden. Denen sei früher die Bude eingerannt worden. Dies höre sie auch von den Zeitungen. Sie habe dieser Tage mit einer Mitarbeiterin der Ibbenbüener Volkszeitung gesprochen, die berichtet habe, sowohl die IVZ als auch die Westfälischen Nachrichten im benachbarten Münster und die Neue Osnabrücker Zeitung im benachbarten Osnabrück suchten Sportredakteure und fänden keine. Das Problem sei also erheblich. Es sei natürlich auch eine Frage der fehlenden Perspektive, aber diese werde ja besser. Wenn es keinen Nachwuchs mehr gebe, dann seien ja die Aufstiegsmöglichkeiten für die wenigen, die noch da seien, umso besser. Das Problem Fachkräftenachwuchs sei erheblich. Es fange schon bei der Praktikantensuche an.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) betont, beides sei richtig. Es gebe sowohl auf der Angebotsseite als auch auf der Nachfrageseite ein Problem. Dies hänge auch miteinander zusammen. In der Tat gebe es eine zunehmende Unsicherheit, wenn es um journalistische Berufsbilder gehe. Redakteur sein und sich dann sozusagen durch verschiedene Medien hindurch entwickeln, sei früher der normale journalistische Lebenslauf gewesen, und man habe auch eine gewisse Sicherheit gehabt, wenn man sein Handwerk einigermaßen beherrscht habe, dass man diesen Weg gehen könne. Dies sei in der Tat mit Blick auf die Entwicklung der Medienhäuser, die zunehmenden Konzentrationsentwicklungen, Kostensparprogramme immer weniger der Fall. Insofern gebe es dort weniger Perspektiven. Gleichzeitig gebe es das Angebotsproblem, das auch ihm so gespiegelt werde, wenn es darum gehe, dass ein gewisser Qualitätsstandard erfüllt sein müsse. Dies wolle man von beiden Seiten behandeln. Man müsse gemeinsam mit den Gewerkschaften, DJV und anderen darüber sprechen, was die guten Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten in dieser Zeit seien. Das betreffe nicht nur die Festangestellten, sondern auch freie, und zwar nicht nur bei den öffentlich-rechtlichen Sendern, sondern auch in anderen Bereichen des Journalismus. Daran müsse gearbeitet werden. Gleichzeitig müssten Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass Medienhäuser stark genug seien, attraktive Angebote machen zu können. Insofern müsse das ganzheitlich betrachtet werden. Die Landesregierung werde das noch größer betrachten mit dem Scope für verschiedene Bereiche, wenn er das als Chef der Staatskanzlei einmal sagen dürfe. Als er das Thema im Mediendigitalbeirat einmal aufgebracht habe, sei es für ihn eher ein Thema gewesen, über das man einmal reden sollte. Dass das durch die Bank drücke, sei ihm in dieser Intensität nicht klar gewesen. Dementsprechend tue man ein richtiges Werk, wenn man überlege, was man dazu beitragen könne.

9 Was unternimmt die Landesregierung, damit die Berichterstattung in NRW die Diversität des Landes in Zukunft repräsentativ widerspiegelt? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/296

Volkan Baran (SPD) bedankt sich beim Minister für die Auflistung der Projekte, die die Landesregierung fördere. Der tatsächliche Bericht sei quasi der erste Absatz mit drei Sätzen, wonach man es gut finde, man es gerne machen wolle, man es nicht machen könne, man es aber trotzdem versuche. Alleine diese drei Sätze seien sehr widersprüchlich.

Seine Fraktion unterstütze die Ausführungen im Koalitionsvertrag, dass sich die gesellschaftliche Realität, die Diversität möglichst in allen Institutionen dieses Landes widerspiegeln solle. In Nordrhein-Westfalen habe jede und jeder Dritte einen Migrationshintergrund. Gerade mal 4 % von denen arbeiteten im Bereich Medien. Dies sei keine richtige Repräsentanz. Bei der Frage, wie man Diversität in Medien sichtbar machen wolle, gehe es natürlich auch um kultureller Zuwanderungsgeschichte, aber nicht ausschließlich, wenn man auch die anderen Diversitätsaspekte, zum Beispiel Alter, körperliche Behinderung, sehe. Wenn man Projekte fördere, dann könne man durchaus in die Förderrichtlinien schreiben, dass Vielfalt ein zusätzlicher Baustein sei, ohne das Gebot der Staatsferne in den Medien zu verletzen.

Der Abgeordnete möchte wissen, nach welchen Kriterien die Projekte ausgesucht würden, welche Rückmeldungen es bezüglich der Nachwuchsgewinnung gebe und ob es einen Austausch mit Medienschaffenden gebe, die einen Migrationshintergrund hätten.

Dem Bericht entnehme er nicht die Ambition, etwas zu verändern. Ihn interessiere, warum keine konkreten Maßnahmen genannt werden könnten.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) versichert, dass man es nicht an Ambition mangeln lasse. Das Ziel werde geteilt. Dass eine Notwendigkeit gesehen werde, erkenne man daran, dass man bisher schon ganz gezielt Projekte fördere, die sich explizit Diversität zum Gegenstand der Projekte gemacht hätten. Man habe die Projekte mit denjenigen, die das machten, gemeinsam entwickelt, zum Beispiel mit dem Verein Neue Deutsche Medienmacher*innen beim Projekt Mentoring@Ruhrgebiet. Er finde die Arbeit des Vereins sehr beeindruckend. Am Ende sei es aber Kärnerarbeit, die langfristig in den Medienhäusern betrieben werden müsse. Er habe gestern Abend am Rande des NRW-Medienpreises für entwicklungspolitisches Engagement mit Dunja Hayali über ihren Werdegang geredet. Diese habe ja nicht nur gute, sondern auch schlechte Zeiten erlebt. Von daher sei es gut, dass man mit dem Mentoringprogramm helfe, dass diese Leute nicht nur hinter, sondern auch vor der Kamera seien. Man habe ein großes Interesse daran, dass von dem starken Medienstandort NRW auch dieses Signal ausgehe, vielleicht noch stärker als von anderen Medienstandorten. Auch die Jugendredaktion Salon5 bringe junge Menschen mit diversen Hintergründen zusammen.

Das seien natürlich alles sehr punktuelle Projekte. Dies meine er mit der Einführung in den Bericht, der den Abgeordneten Baran besorgt habe, dass man zurückhaltend oder vorsichtig sei. Wichtig sei, dass man bei aller Förderung immer bedenke, dass man im Bereich der Medien eine gewisse Vorsicht walten lasse. Hierfür müsse man immer wieder werben, auch um solche Projekte nicht angreifbar zu machen. Dies sei immer die Kehrseite der Medaille, dass in dem Moment, wo der Eindruck entstehe, das sei gesteuert, diejenigen, die Verschwörungsmymen verbreiteten, vortrefflich Wasser auf ihre Mühlen fänden, um das zu diskreditieren.

Auch das Bonn Institute werde sich diesem Thema verschreiben.

Das seien die Dinge, die man aktuell explizit fördere. Dabei müsse es aber nicht bleiben. Insofern nehme er die Berichts-anfrage und den Wortbeitrag als Ermutigung, in dem Bereich noch mehr zu machen.

10 Was tut die Landesregierung, um Mädchen und Frauen wirksamer gegen digitale Gewalt zu schützen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/297

Dr. Dennis Maelzer (SPD) bedankt sich beim Minister für den umfangreichen Bericht. Der Minister habe vorhin einige Themen genannt, bei denen es wichtig sei, dass man einen parteiübergreifenden Konsens erziele und gemeinsam an einem Strang ziehe. Dies gelte sicherlich auch für den Schutz von Mädchen und Frauen vor digitaler Gewalt.

Die Landesanstalt für Medien habe in einer Studie deutlich gemacht, wie umfangreich dieses Thema sei. Wenn man sich den Bereich Cybergrooming anschau, also das Anbahnen von Erwachsenen, die den Kontakt zu Minderjährigen im Netz suchten, dann stelle man fest, dass jedes vierte Mädchen davon betroffen sei, aber auch mehr als jeder fünfte Junge. Das mache deutlich, mit welchen Herausforderungen man es hier zu tun habe.

Der Bericht zeige, dass Nordrhein-Westfalen vor allem auf den Bereich Prävention, auf Selbstwirksamkeit, auf die Resilienzstärken von jungen Menschen setze. Das sei mit Sicherheit der richtige Weg. Es müsse geprüft werden, an welchen Stellen man vielleicht noch ein Stück weit besser werden könne.

An einer Stelle sei die Rede davon, dass die Landesanstalt für Medien sowohl für den Unterricht als auch für Eltern Angebote unterbreite und Materialien anbiete. Er finde es sehr wichtig, in so einen Prozess die Eltern mit einzubeziehen. Wenn es in der Schule gut laufe, aber dies zu Hause nicht begleitet werde, dann reiche es nicht. Von daher müssten die Eltern noch stärker zu einem aktiven Teil der Prävention gemacht werden. Dafür brauche es die entsprechenden Strukturen. Ein Weg könne die Ausweitung von Familienzentren an Grundschulen sein, um dieses Thema stärker voranzubringen.

Gut gefallen habe ihm der Bereich Medienscouts. In diesem Projekt werde Peer-to-Peer gearbeitet. Auch da könne er sich eine noch stärkere Unterstützung vorstellen, indem man ein Standbein in die Jugendhilfe habe. Dies seien weitere Ansatzpunkte.

Eine Frage, die ein Stück weit ausgespart worden sei, sei, wo die Verantwortung der Anbieter von Medienangeboten liege. In der Kinderschutzkommission habe man Wert darauf gelegt, dass Kinder- und Jugendschutz bei Internetangeboten sowohl auf der technischen Ebene als auch im Bereich Rechtsdurchsetzung noch stärker gefördert werden müsse. Auch das sei etwas, wo das Land noch etwas stärker hinschauen könne. Dies betreffe natürlich auch den Bund und die EU-Ebene, aber das, was Nordrhein-Westfalen dazu beitragen könne, sollte man tun.

In der realen Welt habe man an allen Orten, wo Kinder und Jugendliche seien, viel Wert darauf gelegt, dass es Kinderschutzkonzepte gebe. Etwas Ähnliches benötige man natürlich auch im digitalen Raum. Dort seien die Gefahren im Endeffekt gleich.

Es gebe viele Kulturprojekte, die den Umgang mit Gewalt, mit sexueller Gewalt zum Thema hätten. Es gebe Theaterprojekte und dergleichen. Von daher sollte auch darauf geschaut werden, wo die Kultur als übergreifender Bereich unterstützen könne.

Wenn die Landesregierung in diesen Bereichen vorangehen wolle, werde man sicherlich sehr schnell einen großen Konsens herstellen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) bedankt sich für den Berichtswunsch, um das Thema einmal ganzheitlich darzustellen, und das Angebot der Unterstützung, wenn die Landesregierung hier zu einem weiteren Engagement komme, wovon er fest ausgehe, weil leider der Bedarf wachse. Dies sei die traurige Realität. Hier könne die Landespolitik nicht nur aufgrund der rechtlichen Kompetenz, sondern auch durch die Nähe und den Kontext Schule und andere Berührungspunkte mit der Lebensrealität junger Menschen segensreich wirken. Insofern danke er für das Angebot und greife das gerne bei Gelegenheit wieder auf.

gez. Christina Osei
Vorsitzende

3 Anlagen

03.11.2022/04.11.2022



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende des Ausschusses
für Kultur und Medien
Frau Christina Osei

- per E-Mail -



INA BLUMENTHAL
Medienpolitische Sprecherin

ANDREAS BIALAS
Kulturpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884.2742
EMails:
ina.blumenthal@landtag.nrw.de
andreas.bialas@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

6. Oktober 2022

Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung am 27. Oktober 2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Fraktion des Landtags NRW beantragen wir folgende Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses Kultur und Medien am 27. Oktober 2022:

Berichtsbitte 1: Wie genau plant Ministerin Brandes Kultureinrichtungen offen zu halten, wenn sie ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können?

In Bezug auf die Plenardebatte vom 28. September 2022 zum Antrag der FDP „Den Kunst- und Kulturbetrieb Nordrhein-Westfalens sicher für den kommenden Herbst und Winter aufstellen“ (Drs. 18/980 – Neudruck) ergeben sich folgende Nachfragen:

- Mit wie viel Geld aus Berlin rechnet die Ministerin und in welcher Höhe will sie diesen Betrag aus Landesmitteln kofinanzieren?
- Was soll davon bezahlt werden? Wie werden die steigenden Energiekosten von Kultureinrichtungen gedeckt, damit sie nicht schließen müssen oder Angebote ausfallen?
- Wann hat sich die Arbeitsgemeinschaft aus Vertreterinnen und Vertretern der Landschaftsverbände, der Bezirksregierungen, des Deutschen Bühnenvereins und des Deutschen Museumsbundes sowie weiteren Spartenvertretern und den kommunalen Spitzenverbänden konstituiert? Wie hat sie die Situation analysiert? Welche

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Unterstützungsbedarfe hat sie identifiziert und wie sollen diese umgesetzt werden? Wie sieht die Beratungsstruktur aus, die diese AG aufgebaut hat? Wann wird sie sich wieder treffen und in welchem Rhythmus?

Berichtsbitte 2: Wie gewährleistet und stärkt die Landesregierung die Vielfalt des Lokaljournalismus?

Der Chef der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalens und heutige Medienminister Nathanael Liminski hatte für den 10. Juni 2022 zu einer halbtägigen Konferenz zu den Themen Medien, Diversität und gesellschaftlicher Teilhabe eingeladen. Unter dem Titel „Wir sind das Ruhrgebiet – eine vielfältige Gesellschaft braucht vielfältigen Lokaljournalismus“ sollten vier Leuchtturmprojekte vorgestellt werden, die in den vergangenen drei Jahren in Essen, Duisburg und Bottrop im Rahmen der Ruhr-Konferenz entstanden sind. Für die Erstellung eines Berichts, der sich auf die Beantwortung folgender Fragen konzentriert, wäre ich Ihnen sehr dankbar:

- Weshalb ist die Konferenz ausgefallen und wird es einen Nachholtermin geben? Wenn ja, wann und in welchem Format?
- Wie können aus Sicht der Landesregierung die Vielfalt der Medienlandschaft und die gesellschaftliche Teilhabe in NRW grundsätzlich strukturell gewahrt und gestärkt werden? Wie ist ein mögliches Folgeformat aufgebaut, um im Rahmen der Konferenz konkrete Antworten auf diese Fragen zu geben?
- Was plant die Landesregierung, um dem Trend des Zusammenlegens lokaler Redaktionen entgegenzuwirken und Bürgerinnen und Bürgern auch auf lokaler Ebene den Zugang zu einem vielfältigen Medienangebot zu gewährleisten?

Berichtsbitte 3: Was unternimmt die Landesregierung unternahmen, damit die Berichterstattung in NRW die Diversität des Landes in Zukunft repräsentativ widerspiegelt?

Hintergrund: Durchschnittlich jede/r Vierte in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Doch nur fünf Prozent von ihnen arbeiten in deutschen Redaktionen. Menschen, die in den Nachrichten etwas zu sagen haben, sind häufig männlich und sehr wenige von ihnen haben eine Behinderung. Dies



kann leicht zu verzerrender Berichterstattung, mindestens aber zu einer verzerrten Wahrnehmung bei den Nachrichten-Empfängenden führen. Eine Studie der Midwestern University legt nahe, dass Berichterstattende in historisch von Weißen dominierten Gemeinschaften von Normen geprägt seien, die den Anforderungen zunehmend vielfältiger Gesellschaften nicht gewachsen seien.

Berichtsbitte 4: Was tut die Landesregierung, um Mädchen und Frauen wirksamer gegen digitale Gewalt zu schützen?

Dreiundsechzig Prozent der Mädchen in Europa haben schon einmal digitale Gewalt erfahren. Dies kann analoge Auswirkungen auf die betroffenen Frauen und Mädchen haben, die Ausübung ihrer digitalen Meinungsfreiheit und Teilhabe sowie ihre gesamte Lebensqualität erheblich schmälern.

- Was tut die Landesregierung präventiv, um Mädchen und Frauen vor digitaler Gewalt zu schützen (Kampagnen, Bildungsangebote in den Schulen, Weiterbildung von z.B. schulischem und polizeilichem Fachpersonal usw.)?
- Sind die Fachberatungsstellen finanziell, personell und technisch so ausgestattet, dass sie allen Unterstützungsbedürftigen schnell und wirksam helfen können?
- Gibt es ein Konzept für eine zentrale Beratungsstelle für Opfer von digitaler Gewalt, sodass Betroffene schnell und kompetent geschützt werden?

Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Ina Blumenthal, medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion &
Andreas Bialas, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2 / A12
Ausschussvorsitzende Christina Osei MdL
[REDACTED]
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil MdLVorsitzender des
Rechtsausschusses
Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Kultur

Düsseldorf, 13. Oktober 2022

**Berichtswunsch der FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 27.10.2022
zum Thema „Ausgestaltung des 3. Entlastungspaketes der Bundesregierung für
Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 27.10.2022 bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema:

**Ausgestaltung des 3. Entlastungspaketes der Bundesregierung für
Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen**

Kultureinrichtungen als dritte Orte, Orte der Bildung, der Begegnung und der sozialen Gemeinschaft sorgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Sie sind daher von außerordentlicher Bedeutung, so dass sie unterstützt werden müssen. Die Kulturstaatsministerin Claudia Roth hat deshalb im Rahmen des 3. Entlastungspaketes im September 2022 verkündet, dass Restmittel von rund einer Milliarde Euro aus dem Sonderfond für Kulturveranstaltungen, die der Bund während der Corona-Pandemie für den Kulturbereich aufgelegt hatte und ursprünglich 2,5 Milliarden Euro umfasste, nicht an das Finanzministerium zurückfließen, sondern auch 2023 für gezielte Hilfen für Kultureinrichtungen in der Energiekrise zur Verfügung stehen¹.

Mittlerweile fand auch auf Einladung der Kulturstaatsministerin ein Treffen der Kulturministerinnen und -minister und Kultursenatoren der Länder, Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände und auch der Kulturstiftungen der Länder und des Bundes statt. Zentrales Thema dieses Treffens waren die Energiekrise mit ihren drohenden Auswirkungen ebenso wie geeignete Maßnahmen zur Unterstützung bei stetig steigenden Energiekosten.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung hierzu zu berichten und dabei insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

- Was plant die Landesregierung in Bezug auf die Ausgestaltung des „Kulturfonds Energie“ für NRW genau?
- Wie soll den unterschiedlichen spartenspezifischen Ausfalllücken im Bereich der Energiekosten im Rahmen von Maßnahmen begegnet werden? Als Beispiel seien

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 DüsseldorfTelefon: 0211 884 4410
Telefax: 0211 884 3644werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de[facebook.com/WernerPfeil](https://www.facebook.com/WernerPfeil)
[instagram.com/wernerpfeil_nrw](https://www.instagram.com/wernerpfeil_nrw)

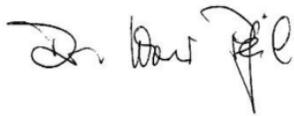
¹ <https://www.kulturrat.de/presse/pressemitteilung/entlastungspaket-1-milliarde-euro-fuer-die-kultur/>, aufgerufen am 10.10.2022

hier die Energiekosten einer kulturellen Veranstaltung in einer Arena im Gegensatz zu den eines Club-Konzertes zu nennen

Seite 2 von 2

- Wie wird gewährleistet, dass die verschiedenen vielfältigen Sparten der Freien Szene ebenso davon profitieren wie die institutionell geförderte Kultur?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Werner Pfeil'.

Dr. Werner Pfeil MdL

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2 / A12
Ausschussvorsitzende Christina Osei MdL
[REDACTED]
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil MdLVorsitzender des
Rechtsausschusses
Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Kultur

Düsseldorf, 13. Oktober 2022

**Berichtswunsch der FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 27.10.2022
zum Thema „Soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 27.10.2022 bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema:

Soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern

Aus Presseberichten über die Herbstsitzung der Kulturministerkonferenz (Kultur-MK) lässt sich erfahren, dass die im Frühjahr eingesetzte „Kommission für faire Vergütung für selbstständige Künstlerinnen und Künstler“ als Ergebnis ihrer Arbeit eine sog. Honorarmatrix-Struktur vorgestellt hat. Diese Matrix soll als Orientierung für Empfehlungen in den Ländern gelten, und in den Ländern selber konkret unter Berücksichtigung der Haushaltslage ausgestaltet werden. In diesem Zusammenhang hat Ina Brandes in ihrer Rolle als Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen verlauten lassen, dass NRW Anfang 2023 verpflichtend Mindest-Honorare bei Landesförderungen einführen möchte¹.

Lt. Presseberichterstattung² ist auch von einem Gutachten zu lesen, das NRW im Rahmen der Frühjahrsitzung der Kultur-MK in Abstimmung mit anderen Bundesländern in Auftrag gegeben hat, welches sich explizit mit den Möglichkeiten der Absicherung von Lücken in der Erwerbsbiografie von selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern befasst. Die Landesregierung hat in ihrer Antwort zu der Kleinen Anfrage „Wie geht die Landesregierung mit Soloselbstständigen im Kulturbetrieb um?“, [Drs. 18/910](#), aus September 2022 dazu geantwortet, dass das Gutachten aktuell im Rahmen des Regierungshandelns erörtert wird und anschließend die Mitglieder des Landtags darüber informiert werden.

Ebenso liest man dort, dass die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern der Landesregierung ein zentrales Anliegen ist.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung hierzu zu berichten und dabei insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

¹ <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/weichenstellung-fuer-eine-bessere-absicherung-im-kulturbereich-kultur-mk-befasst-sich-mit-honorarmat.html>, aufgerufen am 10.0.2022

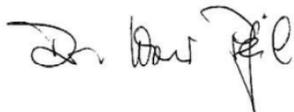
² <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/kulturministerkonferenz-stoesst-konkrete-vorhaben-zur-verbesserung-der-sozialen-lage-von-kuenstlerinnen.html>, aufgerufen am 10.10.2022

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 DüsseldorfTelefon: 0211 884 4410
Telefax: 0211 884 3644werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.defacebook.com/WernerPfeil
instagram.com/wernerpfeil_nrw

Seite 2 von 2

- Wie ist der gegenwärtige Sachstand zu den Beratungen in Bezug auf verpflichtende Mindest-Honorare für Künstlerinnen und Künstler bei Landesförderungen?
- Welche Ministerien sind an den aktuellen Beratungen in Bezug auf verpflichtende Mindest-Honorare für Künstlerinnen und Künstler bei Landesförderungen beteiligt?
- Wie häufig ist die Hausspitze des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft im Rahmen dieser Beratungen mit den beteiligten Ministerien zusammen getroffen? Dazu bitte die konkreten Gesprächstermine sowie die Gesprächsebene (Ministerin, Staatssekretärin, Arbeitsebene) angeben.
- Welche konkreten Vorhaben verbergen sich hinter der Aussage, dass die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern ein zentrales Anliegen der Landesregierung ist?
- Welche Ministerien sind an der aktuellen Erörterung des Gutachtens zu den Möglichkeiten der Absicherung von Lücke in der Erwerbsbiografie von selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern der Kultur-MK beteiligt?
- Wie häufig hat sich die Hausspitze des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft im Rahmen dieser Erörterung mit den beteiligten Ministerien beraten? Dazu bitte die konkreten Gesprächstermine sowie die Gesprächsebene (Ministerin, Staatssekretärin, Arbeitsebene) angeben.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Pfeil MdL